

Antrag A.3: Kritik am Vorgehen beim Finanzpaket Sondervermögen

Antragsteller*in:	Sebastian Vogt
Status:	erstellt
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

- 1 Der Landesparteitag kritisiert scharf das Vorgehen beim Beschluss des
- 2 Finanzpakets Sondervermögen vom März 2025, das mit alten parlamentarischen
- 3 Mehrheiten durchgesetzt wurde – ohne breite gesellschaftliche oder
- 4 parlamentarische Debatte und ohne Einbeziehung der politischen Linken.
- 5 Insbesondere verurteilen wir, dass mit diesem Paket ein faktischer Freibrief für
- 6 Rüstungsausgaben erteilt wird. Auch die weiteren Investitionen können im Sinne
- 7 einer „Kriegstüchtigkeit“ interpretiert werden. Diese Schwerpunktsetzung lehnen
- 8 wir ab.
- 9 SPD und Grüne haben damit erneut gezeigt, dass sie auf Bundesebene nicht bereit
- 10 sind, mit der Linken zusammenzuarbeiten – stattdessen forcieren sie gemeinsam
- 11 mit der CDU neoliberale Kürzungspolitik, Sozialabbau und eine
- 12 Aufrüstungspolitik, die antifaschistischen Grundwerten widerspricht. Eine
- 13 solche Politik treibt Wähler:innen in die Arme der AfD, anstatt ihr den
- 14 Nährboden zu entziehen.
- 15 Für den Klimaschutz wurde in diesem Paket kein zusätzliches Geld bereitgestellt.
- 16 Stattdessen wurden lediglich bestehende Mittel in den Klima- und
- 17 Transformationsfonds (KTF) umgeschichtet. Die verbleibenden Infrastrukturmittel
- 18 sind nun Gegenstand eines Verteilungskampfes zwischen Bereichen wie Bildung,
- 19 Verkehr, Bahn, Digitalisierung und mehr – eine solidarische und
- 20 zukunftsorientierte Prioritätensetzung bleibt aus.
- 21 Es reicht nicht, sich auf Demos gegen Rechts zu zeigen oder antifaschistische
- 22 Reden zu halten. Wer Regierungsverantwortung trägt, muss auch eine konsequent
- 23 antifaschistische Wirtschafts- und Sozialpolitik betreiben. Dazu gehört eine
- 24 massive öffentliche Investitionsoffensive in soziale Gerechtigkeit, Bildung,
- 25 Klima und Infrastruktur – nicht Aufrüstung und Kürzungen.
- 26 Wir fordern die Landesregierung und die Bundesregierung auf, sich aktiv für eine
- 27 grundlegende Reform der Schuldenbremse einzusetzen. Als Landespartei bekräftigen
- 28 wir unser Ziel, langfristig für die vollständige Abschaffung der Schuldenbremse
- 29 zu kämpfen – im Interesse einer handlungsfähigen, solidarischen und
- 30 zukunftsfesten Politik.

Begründung

erfolgt mündlich